



Nr. 146 / 08.07.2022

Belastungen müssen für alle spürbar gedämpft werden!

Liebe Leserinnen, liebe Leser,

die Inflation ist mit fast acht Prozent so hoch wie seit Jahrzehnten nicht mehr, alles wird deutlich teurer. Gestörte Lieferketten durch die Pandemie sowie die Folgen des russischen Überfalls auf die Ukraine führen zu spürbar steigenden Preisen für Lebensmittel, zu dramatisch höheren Kosten fürs Tanken und Heizen: Die Heizölpreise haben sich im Vergleich zum Mai 2021 fast verdoppelt, der Gaspreis ist um mehr als die Hälfte gestiegen. Zudem ist die Sorge vor einer Lohn-Preis-Spirale groß. Die Situation birgt sozialen Sprengstoff.

Es wäre Aufgabe der Bundesregierung, die größten Härten für die Bevölkerung abzufedern. Die bisherigen Entlastungspakete reichen bei weitem nicht aus. Der Tankrabbatt hat lange nichts oder nur wenig geholfen und beim „Klimageld“ wurden mehrere Gruppen, allen voran die Millionen Rentnerinnen und Rentner, komplett vergessen. Das ist kein Konzept, sondern Stückwerk!

Und beim Krisengipfel diese Woche im Kanzleramt kam heraus: nichts! Es gab statt Taten nur Floskeln. So sei es laut Kanzler Scholz zunächst darum gegangen, „ein gemeinsames Krisenverständnis zu entwickeln“. Aha. Weitere Treffen und Gespräche sind angekündigt, Ergebnisse soll es aber erst im Herbst geben. So lange können viele Bürgerinnen und Bürger aber nicht warten!

Die Konzertierte Aktion von Herrn Scholz, also dieser Gesprächskreis mit Arbeitgebern und Gewerkschaften, war eine reine Luftnummer. Die „Ampel“ hat keinen über den Tag hinausgehenden Plan, wie sie der Situation Herr werden will. Die Bundesregierung muss aber endlich mehr tun gegen die galoppierende Inflation!

Die Bundesregierung hätte viele Möglichkeiten, das Leben sofort billiger oder wenigstens nicht noch teurer zu machen. Am besten wäre es, zumindest vorübergehend die Mehrwertsteuer zu senken. Diesen Vorschlag habe ich übrigens schon im März dieses Jahres gemacht. Denn der Staat verdient dadurch erheblich mit an den teuren Preisen, vor allem an den rasant gestiegenen Energiekosten.

Mit unserem Antrag „Teuerspirale beenden – Bürgerinnen und Bürger schnell und wirksam entlasten“ richten wir konkrete Forderungen an die Bundesregierung: So muss die Energiepreispauschale auch Rentnerinnen und Rentnern, Versorgungsempfängern, Studenten sowie Beziehern von Lohnersatzleistungen wie jungen Eltern zugutekommen. Die sogenannte Kalte Progression muss kurzfristig, vollständig und rückwirkend ausgeglichen werden. Die Stromsteuer sowie der Industriestrompreis müssen gesenkt werden. Wir brauchen mehr Transparenz und Entlastung bei den Energiepreisen!

Kurzum: Wir brauchen jetzt eine wirksame Initiative gegen die Inflation. Diese entwertet Einkommen und Renten und verringert das Sparvermögen der Menschen in Deutschland. Dies gilt es zu verhindern, und zwar jetzt!

Herzlichst
Ihr
Alexander Hoffmann, MdB